

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 2

Artikel: Streiks der Schwarzen in Südafrika
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142168>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Streiks der Schwarzen in Südafrika

Wie der «Observer» vom 3. Februar meldet, ist es in Durban an der Ostküste Südafrikas zu Streiks schwarzer Arbeiter gekommen. Mr. Stanley Uys, Cape Town, betont mit Recht, daß dies ein ganz ungewöhnliches Ereignis ist, und symptomatisch für den Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Weiß und Schwarz.

Mehr als vier Fünftel der 400 000 schwarzen Arbeiter von Durban leben unter dem Existenzminimum. Obschon die Löhne in Durban selbst noch etwas tiefer sind als in der Provinz, herrscht überall drückende Armut, sodaß eine Ausbreitung des Streiks wahrscheinlich ist.

Die weißen Arbeitgeber wurden vom Ausstand überrascht, sie werden jetzt gewahr, daß sie kaum mehr die Möglichkeit haben, mit ihren schwarzen Arbeitern Beziehungen aufzunehmen. In Natal sind Gewerkschaften von Schwarzen nicht direkt verboten, aber sie sind nicht gesetzlich anerkannt, darum unfähig zu verhandeln, sodaß sie in letzter Zeit fast ganz verschwunden sind. An ihrer Stelle hat die Regierung «Werkkomitees» gebildet, die aber kaum je angerufen werden. In gewissen Industrien haben Lohnkommissionen der Arbeitgeber Minimal-löhne festgesetzt.

Weiß Industrielle, ob sie nun der Regierungspartei oder der Opposition angehören, sind durch diese autoritäre Lohnpolitik korrumpiert und haben die Gelegenheit ergriffen, nachdem doch die Behörde ihren Geiz legitimierte, skandalös niedrige Löhne zu bezahlen. Jetzt bezahlen sie ihrerseits den Preis dafür.

Viele Arbeitgeber ersuchten ihre schwarzen Angestellten, Werk-ausschüsse zu wählen, um richtige Verhandlungen zu ermöglichen. Die Antwort war eine absolute Weigerung, da die Arbeiter hinter dem Angebot den Versuch witterten, ihre Führer der Deckung zu entlocken, damit sie identifiziert und verhaftet werden könnten.

Das Resultat der Verhandlungs-Verweigerung ist große Verwirrung und Hilflosigkeit unter den Industriellen. In großer Eile ging eine Deputation an den Labourminister, Mr. Marais Viljoen, doch ließ er nur sagen, die Regierung werde die «Hetzer», die unter den Schwarzen tätig seien, nicht dulden. Die Arbeitgeber waren auf sich selbst angewiesen; zu ihrem Schrecken erhielten sie weder Anleitungen noch sonstige Ratschläge von ihrem Minister.

Mr. Viljoen ist ein Vertreter der «Harten». Im Parlament gab er letztes Jahr zu Protokoll: «Ich bin überzeugt, daß die Organisierung der Bantu-Arbeiter weder im Interesse Südafrikas, noch auch im Interesse ihrer Lohnposition, oder gar der Rassenbeziehungen ist.»

Grobschlächtige Erklärungen dieser Art kennzeichnen den Bankrott der Rassenpolitik der Regierung. Die Arbeitgeber wissen jetzt, daß sie sich selber helfen müssen, sie sind am Ende ihres Lateins. Es hat welche,

die verhandeln möchten, andere haben ihre streikenden Arbeiter entlassen oder den Betrieb geschlossen.

Die «Financial Mail», eine Johannesburger Zeitung, legte am 2. Februar gegen sie los, indem sie als Beispiel eine 60jährige Afrikanerin erwähnte, die von 3,62 Pfund (etwa 30 sFr.) per Woche, die sie in einem Textilbetrieb verdient, ihren alten Ehemann und fünf Enkel ernähren muß. Ein weiterer Fall, den die Zeitung zitierte, ging einen Inder an, einen Vater mit drei kleinen Kindern, der 3,77 Pfund per Woche verdiente. Die «Financial Mail» nannte diese Lohnsätze «eine Schande, eine Schande für die Firma, wie auch für das weiße Afrika».

Die Zeitung fügte hinzu: «Es ist ja möglich, daß die Direktion des Betriebs für gewisse Lohnansätze verantwortlich ist. Aber die nationale Regierungspolitik hat den gesetzlichen Rahmen geschaffen und aufrecht erhalten, der solche Armutslöhne erlaubt. Lohnkommissionen sollten wie folgt instruiert werden: Weitere solche Elendslöhne (below-the-bread-line determination), die von Industrien ausbezahlt werden, die fette Gewinne machen, sind eine Einladung an die Arbeiter, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen.»

Der Labour-Sprecher der Opposition, Mr. Marais Steyn, warnte vor ein paar Tagen, es würden in Südafrika Verhältnisse geschaffen, wie sie 1960 zu den ausgedehnten Streiks und Demonstrationen und damit auch zu den Sharpeville Massakern führten. Eine Warnung dieser Art, von einer höchst konservativen Partei ausgesprochen, zeigt, was die Uhr in Südafrika geschlagen hat. Aufreizende Polizeiprovokationen in dieser Lage könnten der Streikaktion eine gefährliche neue Dimension verleihen.

Die Streiks werden zur Verlegenheit gewisser Konzerne in Amerika, Großbritannien und anderswo (in der Schweiz?) beitragen, die Niederlassungen in Südafrika unterhalten. Ihre Lohnpolitik ist an den Tag gekommen und die Stammgesellschaften stehen denn auch schon unter Druck, entweder ihre Operationen in Südafrika einzustellen oder die Löhne ihrer schwarzen Angestellten zu erhöhen.

Die Bewegung «Black Consciousness» (etwa mit «Stolz auf die schwarze Haut» wiederzugeben) scheint Gewinn aus der Streiksituation zu ziehen. Der schwarze Arbeiter-Verband hat sich scharf gegen einen Versuch weißer Gewerkschaften gewandt, der sich anbot, zugunsten schwarzer Streiker zu verhandeln. Diese Intervention, erklären sie, könnte der bis anhin spontanen Reaktion von Schwarzen gegen unerträgliche Existenzbedingungen eine ideologische Richtung geben.

*

Nach neuesten Nachrichten (9. Februar 1973), die wir der NZZ entnehmen, hat sich die Streikbewegung in Natal (Südafrika) von der Hauptstadt Durban auf die Provinz verlagert.

«Mit der Rückkehr von rund 16 000 schwarzen städtischen Angestellten an ihre Arbeitsplätze im Hafen und anderen Betrieben der öffentlichen Hand, hat sich am Freitag die Lage in der südafrikanischen Stadt Durban deutlich entspannt. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, fügten sich die meist farbigen Arbeitskräfte der Anordnung der Stadtverwaltung, ihren Dienst wieder aufzunehmen, um Massenentlassungen zu vermeiden. Gleichzeitig wurde ihnen eine Lohnerhöhung von 15 Prozent zugesagt. Unterdessen ging die Streikwelle in die Privatindustrie über. Zahlreiche Fabriken blieben am Freitag entweder geschlossen oder arbeiteten infolge von Arbeitsniederlegungen nur mit halber Kraft. Über hundert Firmen wurden bisher von Streiks betroffen. Mindestens sechzehn Unternehmen in Durban haben inzwischen ihrer Belegschaft, insgesamt 33 000 Personen, Lohnerhöhungen zugesagt.

Der «Observer» vom 11. Februar hat in einem Leitartikel, betitelt: «Die beste Waffe der Afrikaner», dies hinzuzufügen: «Es mag einige Zeit dauern, aber wenn die Afrikaner nur Methoden ausfindig machen können, ihre industrielle Macht einzusetzen, wird es ihnen trotz ihren Zaren von Unterdrückern gelingen, ihre Gesellschaft Schritt für Schritt, aber vollkommen zu verwandeln. Welche andere Möglichkeit gibt es denn, außer Massensklaverei mit manchen blutigen Katastrophen, zwischenhinein.»

China verstehen . . .

«Eastern Horizon» etwa mit «Die Welt im Osten» wiederzugeben, ist eine in Hongkong erscheinende Monatsschrift, die sich in besonderem Maße um eine der Wirklichkeit nahe kommende Schilderung des Lebens in Maos China bemüht. Im englischen Sprachgebiet sehr verbreitet und angesehen ist «Eastern Horizon» mit der Vorstellungswelt und den Denkgewohnheiten besonders der Amerikaner gut vertraut und macht sich zur Zeit ein Vergnügen daraus, zu zeigen, wie vorsichtig in Amerika der Berg von Vorurteilen, das neue China betreffend, abgetragen wird. Nach über zwanzig Jahren Nicht-Anerkennung, war der Umschwung, den der Nixon-Besuch im Februar 1972 einleitete, tatsächlich fast zu viel für das Fassungsvermögen der durchschnittlichen Zeitschriften und Zeitungen Amerikas wie ihrer Leser, so daß sich zunächst einmal Übereinstimmung herauskristallisieren mußte, wie weit professionelle Berichterstattung in der Beschreibung der neuen Wirklichkeit gehen durfte. Die Erinnerung an den Gesinnungsterror der McCarthy-Zeit, da ein günstiges Wort über China den Ruin einer Zeitung bedeuten konnte, lag schließlich noch nicht so weit zurück, daß sich